

Stettiner Zeitung.

N. 542.

Abendblatt. Dienstag, den 19. November.

1867.

Deutschland.

Berlin, 18. November. Sonntag Vormittags empfing Se. Maj. der König den Brigade-General Graf v. d. Goltz, nahm den Vortrag des Finanzministers Freiherrn v. d. Heydt entgegen und ertheilte alsdann Audienz. Nachmittags machte Alerhöchstadel selbe eine Ausfahrt. — Um 4½ Uhr fand im Königlichen Palais Familientafel statt und Abends erschien des Königs Majestät mit den hohen Herrschaften in der Oper. — Heute Morgens wurden zunächst Vorträge entgegengenommen und folgte dann Empfang. Um 11½ Uhr Vormittags reiste Se. Majestät der König mit den Königlichen Prinzen und der übrigen Begleitung per Extrazug über Friesack, Wittenberge, Hagenow nach Schwerin ab und traf Nachmittags ½ vor ein. Morgen und am Mittwoch werden Hoffagden abgehalten und am Donnerstag Nachmittags trifft Se. Majestät der König mit dem Gefolge auf demselben Wege von Schwerin hier wieder ein.

— Das Staatsministerium trat heute Mittag 1 Uhr zu einer Sitzung zusammen.

— Wie die „Post“ schreibt, wird das so sehnlich erwartete und so lange verheiße Schuldotationsgesetz für die nächste Zeit dem Landtage noch nicht vorgelegt werden. Die im Unterrichts-Ministerium veranstalteten Vorarbeiten sollen nämlich ergeben haben, daß, wenn die Gehälter der Volksschullehrer endlich einmal geregelt werden sollen, die für die ärmeren Gemeinden nötigen Zusätze zur Erzielung auskömmlicher Gehälter so erheblich sein müßten, daß der Finanzminister die Mittel dazu gegenwärtig noch nicht zu beschaffen weiß.

— Die Angelegenheit der Geistlichen in Hannover, welche dem König Wilhelm als dem verzeitigen Landesherrn den Dienstleid nicht leisten zu dürfen glaubten, ist im Wesentlichen dadurch erledigt, daß die meisten Pastoren mit einer ohngefähr die Hälfte ihres Gehalts betragenden Pension in den Ruhestand getreten sind.

— Der Kanzler v. Bander in Königsberg ist durch einen eigenhümlichen Zufall behindert worden, seinen Sitz im Herrenhause einzunehmen. Seit Mittwoch Morgen wird nämlich der älteste Sohn des selben, Oberstleutnant v. Bander, vermisst, ohne daß es bis jetzt gelungen wäre, eine Spur von ihm zu finden.

— Heute Mittag fand im Ministerium des Innern die Berathung zwischen den Kommissarien der beteiligten Ministerien und den berufenen Sachverständigen über die Zweckmäßigkeit einer etwaigen Umänderung der Zeitungstempelsteuer in eine Infanteriesteuer statt. Es handelte sich dabei zunächst nur um eine vorläufige Information, namentlich auch über die technischen Modalitäten einer Infanteriesteuer. Die Regierung beabsichtigt, wie wir hören, vor weiterem Verfolg der Sache auch den Interessenten in den Provinzen Gelegenheit zur Neuherfung zu geben.

— Aus Königsberg i. Pr. wird der „N.-Ztg.“ geschrieben: „Es ist nun mehr gestattet, daß bei der hiesigen Universität unbeschadet ihres protestantischen Charakters auch Nichtprotestanten als Privatdozenten zugelassen und im Falle des konkreten Bedürfnisses ausnahmsweise als Lehrer angestellt werden dürfen.

— Die evangelischen Provinzial-Synoden sollen, wie die „Köln. Ztg.“ meldet, jetzt überall da, wo sie noch nicht üblich sind, in Wirksamkeit gesetzt werden. Zu diesem Zwecke soll auch mit Bildung von Synodalfonds vorgegangen werden, und es sind deshalb die nötigen Anweisungen seitens des evangelischen Ober-Kirchenrates an die Provinzial-Konsistorien erlassen worden. Die Synodal-Mitglieder erhalten also Diäten und Reisekosten.

— In einer am Sonntag den 17. Vormittags in Schäfers Lokal abgehaltenen Studentenversammlung wurde mit großer Majorität folgende Adresse an die Studenten in Wien angenommen: „Komilitonen! Mit Stolz haben wir in den öffentlichen Blättern Eure freiheitsdurchglühte Adresse gelesen, durch die Ihr mit eintretet in den Kampf, den Eure besten und edelsten Geister gegen die Verfechter des Konkordats führen. Es ist dies ein Kampf der freien Wissenschaft gegen die Jesuiten, die von jeher der Ultramontanismus zu seinen Zwecken der Menschheit auszulegen versucht hat. Niemand konnte zweifeln, auf welcher Seite Ihr in diesem Kampfe stehen würdet; aber nachdem selbst einige Vertreter der Wissenschaft in Bekennung der heiligen Pflicht, die ihnen obliegt, Geistesfreiheit zu verbreiten und zu verstärken, sich auf die Seite der Männer der Finsternis gestellt haben, war es Eure Pflicht, laut und rücksichtslos zu sprechen. Ihr kennt jene gleichnirischen Diener der Kirche, die den freien Geist in Banden schlagen, die Männer der Forschung auf die Folter spannen möchten, wenn sie, wie ehemals, die Macht dazu besäßen. Sind sie, wie sie vorgeben, die Vertreter wahrer Religion, sind sie die Verkünder von Wahrheit und Sittlichkeit, nun, so bedürfen sie der staatlichen Macht als Stütze nicht; denn Wahrheit und Sittlichkeit haben sich in der Menschheit noch immer durch eigene Kraft Bahn zu brechen gewußt. Steht fest in Eurem Kampfe, Komilitonen! die gesammte akademische Jugend Deutschlands blickt auf Euch, bereit, Euch, wenn es Noth thut, mit allen Mitteln zu stützen.“

— Im Verlaufe der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses referierte für die zweite Abtheilung Abg. v. Hoverbeck über 10 Wahlen, für die dritte Abg. Lasker über 19 Wahlen, für die vierte der Abg. Plank über 24, für die fünfte Abg. Nohden über 30, für die sechste Abg. v. Seydelwitz über 40 Wahlen und Abg. Ahmann für die siebente Abtheilung über 26 Wahlen. Dieselben werden sämtlich für gültig erklärt mit Ausnahme von drei der fünften Abtheilung, über welche als zweifelhaft die Beschlusshaltung ausgekehrt wird. Der Präsident theilt mit, daß bis jetzt 181 Wahlen geprüft sind, und das Haus wahrscheinlich bereits am Mittwoch zur Präsidentenwahl schreiten könne.

— Vom Bundeskanzler werden gegenwärtig Erörterungen angestellt, in wie weit bei den verschiedenen Zollvereins-Negierungen

eine Geneigtheit besteht, den Stempel für Spieltkarten und Kalender eben so wie die Steuer auf Salz gleichmäßig festzusetzen und den ungehinderten Betrieb derselben im Zollverein zu ermöglichen.

Pinneberg, 18. November. Bei der heute stattgefundenen Nachwahl wurde Professor Forchhammer (lib.) mit 104 Stimmen zum Abgeordneten erwählt.

Schleswig, 17. November. Gestern Abend hielt Graf Baudissin vor einem gewählten Publikum einen Vortrag über die von ihm proponierte Hafen-Anlage auf der Nordsee-Insel Röm. Alle, die dem Vortrage beigewohnt haben, stimmen darin überein, daß der Redner es meisterhaft verstanden hat, die Notwendigkeit eines Zusammengehangs der Bevölkerung mit der Regierung hervorzuheben und ihnen das Unfruchtbare ihrer politischen Agitationen klar zu machen. Es hat sich heute Morgen ein Comité aus den hervorragendsten Bürgern unserer Stadt gebildet, welches eine Adresse an das Abgeordnetenhaus entwarf und vor den Einwohnern unterschreiben lassen wird, in welcher um thätige Unterstützung des Baudissin'schen Hafenprojektes gebeten werden soll. Wie wir hören, beabsichtigt der Graf, alle Städte Schleswigs zu berausen, um in öffentlichen Vorträgen die große Bedeutung des Römer-Hafens und die dringende Notwendigkeit eines vertrauensvollen Anschlusses der Bevölkerung an die Regierung hervorzuheben. Der große und allgemeine Erfolg, den Baudissin in Schleswig gehabt, ist uns eine sichere Bürgschaft für das Gelingen seines patriotischen Strebens, und wir wollen das Römer-Hafenprojekt doppelt segnen, wenn es dazu beiträgt, das Volk der Herzogthümer ihrer Regierung näher zu führen.

Hannover, 18. November. In der heute stattgehabten Bürgermeister-Wahl hat die liberale Partei 5, die partikularistische 4 Kandidaten durchgebracht. Von den letzteren hat einer die Wahl abgelehnt. Unter den Gewählten befindet sich auch der Redakteur der „Volkszeitung“, Eichholz.

Schwerin, 18. November. Der König Wilhelm I. von Preußen wurde bei seiner Ankunft auf dem Bahnhofe von dem Großherzoge, der Großherzogin Mutter, den Großherzogl. Prinzen, sowie den Spiken der Civil- und Militärbehörden empfangen. Ein überaus zahlreiches Publikum begrüßte den preußischen Monarchen mit lebhaften Hochs. In der Stadt flaggen vielfach preußische und mecklenburgische Fahnen.

Karlsruhe, 16. November. Heute begann in der zweiten Kammer die Berathung über das Webgesetz, welches voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen wird. Bemerkenswert dürfte folgende Auslassung des Ministerial-Präsidenten Dr. Jolly sein: Die finanziellen Opfer, welche das Webgesetz fordert, seien gering anzuschlagen gegenüber dem Vortheil, aus der Unsicherheit der politischen Existenz herauszukommen, welche uns stets ängstigte. Der entscheidende Gesichtspunkt für Urtheilung des Gesetzes sei der deutsch-nationale; in unserer isolirten Stellung könnten wir nicht bleiben, wir seien ein politisches Nichts. Daher müssen wir uns an ein Anderes anschließen, und was solle das sein, wenn nicht der norddeutsche Bund? Wollen wir diesen Anschluß, so müssen wir auch die gleichen Lasten tragen wie die übrigen Mitglieder des Bundes. Wenn man nicht mit Bestimmtheit sagen könne, die Annahme dieses Gesetzes bringe uns in den norddeutschen Bund, so könne man doch das bestimmt behaupten, daß wir nicht dorthin gelangen, sofern wir das Gesetz nicht annehmen.

München, 18. November. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde das Gewerbegebet bei der Schluss-Abstimmung mit allen gegen 15 Stimmen angenommen. — Über die von Batern auf der Einladung Frankreichs zur Teilnahme an der Konferenz zu erhöhende Antwort hat der Ministerrat gutem Vernehmen nach nun mehr Besluß gefaßt, und ist dieser Besluß dem Könige zur Entschließung unterbreitet worden.

Ausland.

Wien, 16. November. Der König von Griechenland mit Gemahlin ist vorgestern um 1 Uhr Mittags mittelst eines Separatzuges der Südbahn von hier nach Triest abgereist, und wurde von dem Kaiser und den hier befindlichen Erzherzogen auf den Bahnhof begleitet. Der Abschied war ein sehr herzlicher.

Wien, 18. November. Die hiesige türkische Botschaft läßt in der „Wiener Abendpost“ die zuerst im „Mémorial diplomatique“ veröffentlichte Nachricht für unbegründet erklären, daß der Botschafter der hohen Pforte in Wien der österreichischen Regierung eine Note überreicht habe, welche anhört, die Kreisfrage einer Konferenz der Mächte zu unterbreiten. — Auf die Anfrage Österreichs in Betreff der Circulardepeche, welche Graf Bismarck auf das Deutsche Rundschreiben erlassen, hat Preußen dahin erwidert, daß es den Inhalt des österreichischen Rundschreibens mit aufrichtiger Genugthuung aufgenommen habe. — Die Reise des Erzherzogs Ludwig Victor gilt einer eventuellen Vermählung mit der Tochter der Königin Isabella.

Wien, 18. November. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Das Reichstagsgesetzblatt wird morgen, an dem Namenstage der Kaiserin, die Abschaffung der Prügel- und Kettenstrafe publizieren. — Die offizielle „Abendpost“ veröffentlicht ein von der hiesigen Türkischen Gesellschaft ausgebendes Dementi, welches die Nachricht, daß von derselben hier eine Note überreicht worden, worin die Anhebung der Klandiafrage an die Konferenz zugesagt sei, für unbegründet erklärt wird.

Pesth, 18. November. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde nach dreithalbstündiger lebhaften Debatte die Einleitung des Prozeßes gegen den Deputirten Boeszoemny mit 183 gegen 88 Stimmen gestattet.

Paris, 16. November. Wird Magne eine Anleihe machen? Die Franzosen pflegen zu sagen: „Magne und eine Anleihe ist Eins.“ Indes gibt die „Patrie“ zu verstehen, Magne „wolle die

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertel. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für reisen viertel. 1 Thlr. 5 Sgr.

Finanzverwaltung auf dem klugen Wege erhalten, auf dem Rouher dieselbe engagirt habe“. Das „Journal des Débats“ findet dieses Orakel ziemlich dunkel, erinnert aber daran, daß, im heutigen Augenblick zumal, kein Weg „klug“ genannt werden könne, der nicht jener der strengsten Sparsamkeit sei. Das „Siecle“ ist derselben Ansicht, indem es auf das Rundschreiben des Unterrichts-Ministers vom 30. Oktober an die Rektoren der Universitäten hinweist, das die höheren Mädchenschulen und die Ausführung des Gesetzes vom 10. April im Auge hat. Dieses Gesetz betrifft die Bildung von 10,000 neuen Schulen. „Wann werden wir diese bekommen?“ seufzt das „Siecle“. „Das weiß Gott! In Frankreich fehlt es immer an Geld für die dringendsten Bedürfnisse; sobald es aber gilt, Soldaten nach Cochinchina, Mexiko oder Rom zu werfen, finden sich Hunderte von Millionen! Aber freilich, Schulen! Die Mädchen zu unterrichten, ihren Geist auszubilden, sie den lächerlichsten Vorurtheilen zu entreißen, neue Generationen auszurüsten, das scheint vielen Leuten ungleich weniger Eile zu haben. Redet uns lieber von einer guten und schönen Expedition, oder von Chassepots, die Wunder thun! Wir werden also Schulen bekommen, wenn es geht!“ Man studire die Pläne und man bereite die Hülfssquellen vor!“ schreibt Duruy. Vorläufig, bis die Hülfssquellen flüssig sind, versucht der Minister, mit nichts etwas zu machen, und er mag Recht haben.“ Mitglieder des Instituts, Professoren der Lyceen und andere Gelehrte haben den Anfang mit einem Vereine für höhere Mädchenschule in Paris gemacht; der Cursus beginnt am 1. Dezember; aber die Eltern, die ihre Töchter betheiligen wollen, haben für das Vierteljahr 75 Fr. voraus zu zahlen, was das „Siecle“ zu hoch findet. Der Cursus dauert vom 1. Dezember bis zum 1. Mai, drei Mal in der Woche zwei Stunden, so daß man für vierundzwanzig Stunden im Monat 25 Fr. zahlt; es wird gelebt: Hauswirtschaft, Literatur und Geschichte von Frankreich, Geographie, Rechnen, Naturgeschichte, Chemie und Physik. Es ist ein Anfang, aber eine erstaunliche Anzahlung der allgemeinen höheren Mädchenschulen in Frankreich wird kaum damit gewonnen werden.

— Die Geschichte der Präfaze: „Nos Chassepots ont fait merveille!“ ist folgende: „Marshall Niel schickte den Rapport des Generals de Fallly in die Moniteur-Redaktion, welcher der ominöse Schluss nicht gefiel und die ihn mit einer Randbemerkung und Anfrage nach dem Ministerium des Innern schickte. Lavalette fühlte das Unpassende der Schlussphrase und strich sie einfach weg mit dem Bemerkung: „Suchen Sie den Ausdruck, der im Jahre 1859 für die gezogenen Kanonen gebraucht wurde!“ Gesagt, getan. Man suchte und fand die Floskel, die „neuen Geschosse ont produits des effet lourroyants“. Diese Wendung ward adoptirt und der korrigirte Satz nach Brauch an das Kriegs-Ministerium gesandt. Marshall Niel wollte aber an dem Rapport dieses Ober-Offiziers nichts ändern lassen und stellte die erste Fassung wieder her, die nun beibehalten blieb. Am anderen Morgen war der Kaiser der Erste, der seinen Unwillen an Herrn Norbert Billiart, dem Direktor des „Moniteurs“, ausließ; dieser wußte aber seine Unschuld darzuthun. Niel seinerseits produzierte den Rapport des Generals, — und so blieb de Fallly für die unangenehmen Folgen verantwortlich, von denen er wahrscheinlich nichts geahnt hatte.“

— Prinz Napoleon, der mit der gegenwärtigen Politik unzufrieden ist, geht wieder ins freiwillige Exil und wird den größten Theil des Winters auf seinem Landsitz Prangins in der Schweiz zu bringen. Die vom Abbé Bauer herrührende Broschüre erregt wenig Aufsehen.

Paris, 18. November. Die Session des gesetzgebenden Körpers wurde heute um 1 Uhr Nachmittags vom Kaiser mit folgender Thronrede eröffnet: Meine Herren Senatoren und Deputirten! Die Notwendigkeit, die unterbrochene Prüfung wichtiger Gesetzesvorlagen wieder aufzunehmen, hat mich veranlaßt, Sie früher als gewöhnlich zusammenzuberufen. Außerdem haben die letzten Ereignisse in mir den Wunsch hervorgerufen, mich mit Ihrem erlebten Beistande zu umgeben. Seit der Zeit, als Sie auseinandergingen, haben gewisse Besorgnisse die öffentliche Stimmung in Europa beschäftigt und überall die Industrie und den Handel gedrückt. Ungeachtet der Erklärungen meiner Regierung, welche sich nie in ihrer friedlichen Haltung geändert hat, hat man die Ansicht verbreitet, daß jede Neugestaltung der inneren Regierungsform in Deutschland ein Anlaß zum Streite sein müßte. Dieser Zustand der Ungewißheit durfte nicht länger dauern. Man muß offen die auf der andern Seite des Rheins eingetretenen Veränderungen annehmen, und verkünden, daß, so lange unser Interesse und unsere Würde nicht bedroht sein werden, wir uns nicht in die durch den Wunsch der Bevölkerungen hervorgerufenen Umgestaltungen mischen dürfen. Die Besorgnisse, welche sich gezeigt haben, erklären sich schwer in einer Zeit, wo Frankreich der Welt das großartigste Schauspiel der Versöhnung und des Friedens geboten hat. Die große allgemeine Ausstellung, wo fast alle Herrscher Europas zusammengetroffen und wo sich die Repräsentanten der arbeitenden Klassen aller Länder begegnen sind, hat die Bande der Brüderlichkeit unter den Nationen enger geknüpft. Die Ausstellung ist vorüber, aber ihr Eindruck wird tief unser Zeitalter bezeichnen, denn nachdem sie majestatisch entstanden, hat sie nicht nur augenblicklich Glanz gelehnt, sondern sie hat für immer die Macht der Vorurtheile und der Irrthümer, welche ein Hemmschuh der Arbeit und der Intelligenz sind, sowie die Schranken zwischen den verschiedenen Klassen und endlich den internationalen Hass vernichtet. Dies Alles hat sie zu Wege gebracht. Diese unleugbaren Pfänder der Eintracht konnten uns nicht davon zurückhalten, die militärischen Institutionen Frankreichs zu verbessern. Es ist die unablässliche Pflicht der Regierung, ganz unabhängig von den Verhältnissen

die Fortschritte in allen Richtungen zu verfolgen, welche die Stärke des Landes ausmachen, und es ist für uns eine Notwendigkeit, sowohl unsere militärischen Einrichtungen, wie unsere Waffen und unsere Marine zu verbessern. Der Gesamtentwurf, welcher dem gesetzgebenden Körper vorgelegt ist und welcher die Lasten der Aushebung unter allen Bürgern gleichmäßig verteilt, ist als zu weitgehend erschienen. In Folge dessen sind Ausschreibungen vorgenommen, die Tragweite desselben zu verringern, und ich habe geglaubt, diese wichtige Frage einer neuen Prüfung unterwerfen zu müssen. Man kann in der That nicht mit zu viel Aufmerksamkeit dieses schwierigen Problems, welches so bedeutende und oft so entgegengesetzte Interessen berührt, lösen.

Meine Regierung wird Ihnen neue Verfassungen vorlegen, welche nur einfache Änderungen des Gesetzes von 1832 sind, welche jedoch den von mir verfolgten Zweck erreichen, den Dienst in Friedenszeiten reduzieren und in Kriegszeiten erhöhen. Sie werden denselben wie auch die Organisation der Nationalgarde unter dem Eindruck des patriotischen Gedankens, daß, je stärker wir sein werden, desto sicherer der Friede sein wird, prüfen. Dieser Friede, welchen wir alle zu erhalten wünschen, war einen Augenblick in Gefahr. Offensichtlich vorbereitete revolutionäre Bewegungen haben die päpstlichen Staaten bedroht. Die Uebereinkunft vom 15. September ist nicht ausgeführt worden und ich habe mich von Neum genötigt gefühlt, unsere Truppen nach Rom zu schicken und die Macht des heiligen Stuhls durch das Zurückweisen der Eindringlinge zu beschützen.

Unsere Handlungswelt konnte nichts Feindseliges gegen die Einigung und die Unabhängigkeit Italiens haben und diese Nation, für einen Augenblick überrascht, hat nicht gesäumt, die Gefahren zu begreifen, welche solche revolutionäre Bewegungen für das monarchische Prinzip und die europäische Ordnung im Gefolge haben können. In den päpstlichen Staaten ist heute fast überall die Ruhe vollständig hergestellt, und wir können den Zeitpunkt als nahe bevorstehend bezeichnen, wo unsere Truppen wieder in das Vaterland zurückkehren. Für uns besteht die Uebereinkunft vom 15. September so lange, als sie nicht durch einen neuen internationalen Akt ersezt ist.

Die Beziehungen Italiens zu dem heiligen Stuhle interessieren das gesamte Europa und wir haben den Mächten vorgeschlagen, diese Beziehungen in einer Konferenz zu regeln und somit neuen Verwicklungen vorzubeugen. Man hat sich mit der orientalischen Frage beschäftigt, allein der versöhnliche Geist der Mächte hat denselben jeden aufzulösenden Charakter genommen. Wenn unter ihnen eine Meinungsverschiedenheit über das Mittel zur Herbeiführung der Pacifizierung Kretas herrsche, so bin ich glücklich, erklären zu können, daß alle über zwei Hauptpunkte einig sind, nämlich die Aufrechterhaltung der Integrität des Osmanischen Reiches und die Verbesserung des Schicksals der Christen. Die auswärtige Politik gestattet uns somit, alle unsere Sorgfalt auf die Verbesserung der inneren Zustände zu richten. — Seit Ihrer letzten Session ist durch allgemeine Abstimmung ein Drittel der Generalräthe neu gewählt worden. Diese Wahlen, welche mit Ruhe und Unabhängigkeit vollzogen wurden, haben überall den guten Geist der Bevölkerung gezeigt. Die Reise, welche ich mit der Kaiserin durch den Osten und Norden Frankreichs gemacht habe, ist Veranlassung zur Kundgebung von Sympathien geworden, welche mich tief gerührt haben. Ich habe wieder einmal feststellen können, daß nichts das Vertrauen, welches das Volk in mich gesetzt hat, und die Zuneigung, welche es meiner Dynastie schenkt, zu erschüttern vermoht hat. Ich meinesseins bin ohne Unterlass bemüht, seinen Wünschen zuvorzugkommen. — Die Vollendung der Vicinalwege wurde von der Landbevölkerung, deren erleuchtete Repräsentanten sie sind, gefordert und ihren Bedürfnissen zu genügen, ist für uns ein Alt der Rechtigkeit, ja — ich möchte sagen — der Dankbarkeit. Eine genaue Untersuchung bereitet die Lösung dieser Frage vor. Es wird Ihnen leicht werden, sich mit meiner Regierung zu verständigen, um den Erfolg dieser wichtigen Maßnahme zu sichern. — Der gegenwärtige Augenblick ist ohne Zweifel nicht ganz ohne Verlegenheit. Industrie und Handel haben sich verringert und diese Unbehaglichkeit macht sich überall in Europa fühlbar und hängt zum großen Theile mit Befürchtungen zusammen, die durch das gute Einverständnis, welches zwischen den Mächten herrscht, verschwinden werden. Die Ernte ist nicht gut und die Theuerung nicht zu vermeiden gewesen, jedoch kann allein der Freihandel den Vorwurf von Lebensmitteln sichern und die Preise angemessen machen. Diese verschiedenen Ursachen verhindern, daß die Einnahmen die im Budget enthaltene Veranschlagung vollständig erreichen. Die Voraussetzung in den Finanzgesetzen werden nicht modifiziert werden und man kann den Zeitpunkt voraussehen, wo Erleichterungen der Steuern geprüft werden können.

Diese Session wird hauptsächlich zur Erörterung von Ge-

schen, für welche ich im vergangenen Januar die Initiative ergriffen habe, angewandt werden. Die verflossene Zeit hat meine Überzeugungen, hinsichtlich der Nützlichkeit jener Reformen, nicht verändert. Die Ausübung dieser neuen Freiheiten setzt die Gemüther ohne Zweifel gefährlichen Aufregungen und Begeisterungen aus, aber ich rechte gleichzeitig auf den gesunden Sinn des Landes, den Fortschritt der öffentlichen Sitten, die Festigkeit, die Mächtigung und die Energie und die Autorität der machhabenden Gewalt, um sie unwirksam zu machen. Lassen Sie uns zusammen die von uns unternommene Arbeit besprechen. Seit fünfzehn Jahren war unser Gedanke derselbe; nämlich unsere Grundgesetze, welche die Volksabstimmung sanktionirt hatte, über den Streitigkeiten und den feindlichen Feudalstaaten zu erhalten, aber gleichzeitig unsere liberalen Institute zu entwickeln, ohne das Prinzip der Autorität zu schwächen. Lassen Sie uns nicht aufhören, durch prompte Vollendung unserer Kommunikationswege den Verkehr zu erleichtern, Unterrichtsmittel zu vervielfältigen und die Gerechtigkeitspflege durch Vereinfachung der Prozedur weniger kostspielig zu machen und überhaupt alle Mittel zu ergreifen, welche dazu beitragen können, das Schicksal des überwiegenden Mehrzahl zu verbessern. Wenn Sie, so wie ich, sich überzeugt halten, daß dieser Weg derjenige des wahren Fortschritts und der Civilisation ist, so lassen Sie uns zusammen halten in der Ueberinstimmung der Ansichten und der Gefühle, welche eine kostbare Garantie für das öffentliche Wohlbefinden. Ich habe die Hoffnung, daß Sie die Gesamtentwürfe annehmen werden, welche man Ihnen vorlegen wird. Dieselben sind darauf berechnet, zur Größe und zur Bereicherung des Landes bei-

zutragen, und seien Sie meinerseits überzeugt, daß ich die mir anvertraute Macht hoch und fest erhalten werde, denn jede Schwierigkeit und jeder ungerechtfertigte Widerstand werden weder meinen Mut noch meinen Glauben erschüttern.

Paris, 18. November. Bei der heute stattgefundenen Eröffnung des gesetzgebenden Körpers wurde das Einschreinen des Kaisers und der Kaiserin und des Kaisers. Prinzen mit lauten Ausrufungen begrüßt. Bei der Thronrede wurde die allgemeine friedliche Tendenz und die der deutschen Nationalität gezollte Achtung mit Applaus begrüßt, welcher noch mehr zum Ausdruck kam bei der Erklärung, daß das Militärgesetz die Verfassungen von 1832 in sich schließen werde.

Die Bemerkungen über die Eindringlinge in das päpstliche Gebiet und über die internationale Konferenz wurden mit lebhafter Befriedigung aufgenommen. Bei der Erwähnung der Reise des Kaiserlichen Paars im Osten und Norden Frankreichs und des Vertrauens, welches der Kaiser in das Land setzt, erscholl der Ruf: „Es lebe der Kaiser!“ Der Passus über die Aufrechterhaltung der Macht hat den anhaltendsten und größten Applaus herverufen.

Paris, 18. November. Die „Presse“ bespricht die Rede des Kaisers und sagt, daß die Politik der Regierung eine abwartende sei. Auf der einen Seite erwarte sie, daß die Industrie sich wieder durch ihre eigenen Anstrengungen hebe, daß die Kammer die neuen Freiheiten billige und die öffentliche Meinung dieselbe freudig aufnehme, auf der anderen Seite warte sie, ob die Umgestaltung in Deutschland einen herausfordernden oder friedlichen Charakter annehmen werde. In Betreff Roms endlich wartet Frankreich auf Europa. Dasselbe Blatt sagt, daß die Ankündigungen in Bezug auf die Reorganisation der Armee gut aufgenommen wurden. — Der „Constitutionnel“ hält die Rede für eine große politische Darstellung, welche, obgleich durchweg patriotisch, doch die Vorfälle im Auslande mit Billigkeit und Weisheit betrachtet. — Der „Temps“ hebt die Auslassung des Wortes „weltliche Macht“ in der Rede hervor, welche sich in der Rede des vorigen Jahres befand. Ebenso bemerkt dasselbe Blatt, daß Mexiko und eine neue Anleihe nicht erwähnt werden, obgleich letztere unvermeidlich sei. Der Totaleindruck ist durchaus friedlich. Die Börse war sehr gut.

London, 16. November. Noch sind in der Grube Ferndale die Leichen der vielen dort Verunglückten nicht an das Tageslicht geschafft und schon wieder wird ans einer anderen Kohlengrube Harbro Hill, bei dem in dem Annalen der Unglücke verzeichneten Orte Barnsley der Tod von zwei Arbeitern berichtet. Man fand die beiden Unglückslichen, Vater und Sohn, von einem großen Stein bedeckt, der sie in seinem Hölle erschlagen hatte. — Ein Blick auf die Unglücksstatistiken der zahlreichen Kohlengruben Englands zeigt uns, daß 1866, bei einer Arbeiterzahl von 320,663, 1484 Mann eines gewaltigen Todes starben, genau 500 mehr als im Jahre vorher und gerade auf 67,877 Tonnen geförderter Steinkohle ein Menschenleben. 651 davon töte das schlagende Wetter. In den letzten 10 Jahren verunglückten im Ganzen 9916, davon 20 pCt durch Explosonen.

Rom, 16. November. Französische Ingenieure sind u.a. gesetzt worden, die Befestigungen von Rom zu vollenden und den Mont Varioli und andere in der Nähe der Stadt gelegene Höhen in Vertheidigungsstatus zu setzen. Die päpstliche Regierung hat die Summe von 170,000 Kronen zur Herstellung dieser Werke bewilligt. — Die Polizei hat neuerdings wieder Arresturen und Konfiscierungen von Waffen vorgenommen.

Petersburg, 18. November. Die im vorigen Jahre für die Ausarbeitung eines Planes zur Befestigung des Defizits i. a. Reichsbudget ernannte Kommission hat dem Kaiser als Resultat der Verhandlungen die Einführung eines auf neuen Prinzipien beruhenden Systems zur Kontrolle der Ausgaben und Beschränkungen der Beamten in Vorschlag gebracht.

Pommern.

Stettin, 19. November. Die im Interesse der allgemeinen Sicherheit von der hiesigen Polizei-Direktion angeordneten abendsp. nächtlichen Patrouillen finden regelmäßig und in ziemlicher Ausdehnung in den Außenbezirken statt und sind seitdem auch steinerne Angriffe auf Personen oder deren Eigentum vorgekommen. Selbstredend sind etwaige Schlägereien, oder sonstige unbedeutendere Ereignisse, die so zu sagen schon in dem großstädtischen Leben und in der Verschiedenheit der Bevölkerung vorkommen, dahin nicht zu rechnen, denn zu deren Verhütung lassen sich ja überhaupt keine Sicherheitsmaßnahmen treffen. Im Allgemeinen aber darf das Publikum sich den Befürchtungen, welche neuerdings durch wiederholte Angriffe auf friedliche Passanten vor den Thoren unserer Stadt hervorgerufen waren, jetzt wohl entschlagen.

Dem Schneider H. wurde in vorlebter Nacht, in der er einem Tanzvergnügen im Schuppenhause beiwohnte, aus dem Saale desselben ein wertvoller brauner Ueberzieher mit Sammetkragen gestohlen, ohne daß es gelang, den Dieb zu ermitteln.

Auf Anordnung der Königl. Regierung wird die Kreis-Steuer-Kasse Saaziger Kreises in den ersten Tagen des Dezember nach Stargard verlegt.

Die vom Jahre 1868 ab zum Tragen bei der Garde anbefohlene, abgeschrägte Form der Waffenrocktragen soll auch bei allen denselben Offizieren und Mannschaften der Armee zur Anwendung kommen, welche überhaupt zum Tragen einer Krage bestimmt sind, als: das gesammte Ingenieur-Offizierkorps, der Generalstab der Armee, die Adjutantur, das reitende Feldjägerkorps, die Landgendarmerie und die Stabswachen.

Der Major Sandfuß vom Stabe des Ingenieur-Korps ist zum Kommandeur des 2. pomm. Pionierbataillons in Stettin ernannt worden.

Betrifft der Sendungen mit dem Vermerke „Poste restante“, ist neuerdings darauf hingewiesen worden, daß dieselben bei der Postanstalt des Bestimmungsortes einstweilen aufbewahrt und dem Adressaten behändigt werden, wenn derselbe sich zur Empfangnahme meldet und auf Erfordern legitimirt. Sendungen, welche nicht in drei Monaten, vom Tage des Eintreffens an gerechnet, von der Post abgeholt worden sind, werden als unbestellbar erachtet und nach dem Aufgabe-Orte zurückgesandt. Dagegen werden Sendungen mit Postvorrich und Postanweisungen, auch wenn sie mit Poste restante bezeichnet sind, als unbestellbar be-

handelt, wenn der Betrag nicht innerhalb vierzehn Tagen gezahlt oder erhoben worden ist. Die Begleitbriefe zu Paketen, die Postanweisungen, so wie Formulare zu Ableserungsscheinen über Sendungen mit dem Vermerke: „Poste restante“, werden nur auf genügende Legitimation des Absender verabfolgt. Bei denjenigen mit Poste restante bezeichneten Gegenständen, für welche die Post Garantie zu leisten hat, muß die Adresse die Person desjenigen, an welchen die Zustellung erfolgen soll, so genau bezeichnen, daß jeder Ungewissheit darüber vorgebeugt wird. Es darf daher nur bei gewöhnlichen Briefen, bei Waarenproben und bei Drucksachen unter Kreuzband mit dem Vermerke: „Poste restante“, statt des Namens des Empfängers eine Angabe in Buchstaben, Ziffern u. s. w. angewandt sein.

Die Staatsregierung hatte, wie bekannt, wegen Aufhebung des Institutes der vereideten Mäler die Gutachten der Handelskammern eingeholt, welche sich der überwiegenden Mehrzahl nach für die Abschaffung des auch im deutschen Handelsgesetzbuche vor kommenden Institutes ausgesprochen hatten. Die Altesten der Kaufmannschaft Berlins hatten am längsten mit der Abgabe eines Gutachtens gezögert und sich dann endlich für die Beibehaltung der vereideten Mäler ausgesprochen. Die Gründe wurden zur Zeit ausführlich mitgetheilt und darin auch hervorgehoben, welche Mäler diese Stellung des Platzes leicht gefährdet werden könne. Auch Frankfurt a. M. war für Beibehaltung der vereideten Mäler eingetreten, und so hat sich denn die Staatsregierung auch entschlossen, das bestehende beizubehalten. Geschäftlich dürfen die vereideten Mäler für eigene Rechnung keine Geschäfte machen, und die Versuche, diese Bestimmung im Wege der Gesetzgebung abändern zu lassen, sind bisher gescheitert.

Stargard, 18. November. Der am Freitag hier abgeholte Viehmarkt war sowohl mit Pferden wie auch Rindvieh gut besetzt und die Preise waren ziemlich hoch gestellt, so daß unter den Pferden nur wenig, unterm Rindvieh hingegen mehr gehandelt wurde.

Schivelbein, 17. November. Münch, Schulz und Karl Behling zu Stettin soll nunmehr, wie der Oder-Btg. von hier gemeldet wird, den Thatbestand des Straßenthebbaus an dem Schäfer Schröder zu Bartenthin vollständig festgestellt haben. Der Bernhard Wilhelm Behling aus Siettin ist, wie es heißt, aus der Haft entlassen worden, weil er sein Alibi zur Zeit des Manthey'schen Raubes nachgewiesen hat.

Viehmärkte.

Berlin. Am 18. November c. wurden an Schlachtvieh auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben:

An Rindvieh 1322 Stück. Die Zutritten waren im Verhältniß zu hiesigem Konsum fast zu stark, da keine Anläufe nach den Rheinlanden stattfanden, beste Qualität konnte nur 16—17 R., mittel 12—14 R., ordinär 9—11 R. pro 100 Pf. Fleischgewicht erzielen.

An Schweinen 4066 Stück inkl. 200 Bachumer. Der Handel war matter, als vorwöchentlich bei diesen starken Zutritten, beste feine Kernware konnte auch heute nicht sicher 17 R. pro 100 Pf. Fleischgewicht erzielen.

An Schafvieh 3191 Stück, welche selbst zu gebrochenen Preisen nicht aufgeräumt werden konnten.

An Kalbern 805 Stück, welche sich Durchschnittspreise sehr gedrückt haben.

Schiffssberichte.

Swinemünde, 17. November, Vormittags. Angelomme Schiffe: Salus, Hallesien, von Storehedinge. Maria, Bühle, von Rügenwalde. Brutus, Borgwardt, von Jasmund. Express, Koed; Willemos, Rahnhusen, von Rönne. 2 Segel- und 1 Dampfschiff ankommend. Wind: NO, Sturm. Revier 15½ F.

Nachmittags. Montag, Stromstädt, von Sylinderland. Christoph, Schlund; Esca, Gerdes, von Pernau. Friedrich Wilhelm, Matthiesien, von Königsberg. Teutonia, Parow, von Gent. Delight, Darg, von Grimbsy. Arius, Guste, von Memel. Union (SD), Strud, von Petersburg.

18. November, Vormittags. Heinrich, Neper, von Pernau. Paul-Charles, Bal, Sprenger, von St. Davids. Staffa (SD), Haynes, (SD), Paulin, von Leith. Felix (SD), Möller, von Petersburg.

Nachmittags. Gottfried, Jung, von Amsterdam. Agneta, Braun, von Pernau. Hermann Helmrich, Oesterreich, von Newcastle. Janet Duncan, Scott, von Dysart. Elisabeth, Munro, von Helmsdale. Pioneer, Whitehead, von Wick. Lord Clyde, Phall, von Burghead. Laurel, Brown, von Newcastle. Louise Charlotte, Hansen, von Middelbros. Revier 14½ F. Strom ausgehend. Wind: W. 3 Schiffe in Sicht.

Börsen-Berichte.

Stettin, 19. November. Witterung: regnigt. Temperatur + 5 Wind: NW.

Zu der Börse. — Weizen niedriger per 2125 Pf. loco märk. 99, 102 bez., hinter polnischer 96, 99 bez., weißer 102, 104 bez., mährischer 96, 97 R. bez., Oderbruch 97, 99 R. bez., seiner ungarischer 94, 96 R. bez., 83—85 pf. gelber November 99 R. bez., 98½ Br., Frühj. 97½, 97 bez., Br. u. G.

Rogg: n. etwas fester, pr. 2000 Pf. loco 74, 75½ bez., geringer 72, 73½ R. bez., 80—81 pf. Garantie 76 77 R. in der Nähe schwimmende Ladungen 75½ R. bez., November 73½, 74 R. bez., 73½ Br., Novbr.—Dezember 72½ R. bez., Br. u. Gd., Frühjahr 72½, 7½, 1½ R. bez., 72½ R. Br.

Gerste per 1750 Pf. Oderbruch 51 R. Gb., schlesische 53—55 R. bez., mährische 54—57 R. bez.

Häfer loco pr. 130 Pf. 34, 34½ R. bez., November 47—50 pf. 35 R. bez., Frühjahr 35½ R. Gb.

Erbsen loco 68—71 R. bez.

Winterrüben loco 79—82 R. bez.

Rübsel wenig verändert, loco 10½ R. Br., November u. November 10½ R. bez. u. Gd., April—Mai 11 bez., Br. und Gd.

Spiritus behauptet, loco ohne Tax 20, 20½ R. bez., November—Dezember 19½ R. Br., 19½ Gb., November—Dezember 19½ R. bez., Frühjahr 20½ R. bez., 1½ R. bez.

Angemeldet: 800 Cr. Rübsel.

Regulierungsspreise: Weizen 98½, Roggen 73½, Rübsel 10½, Spiritus 19%.

Breslau, 18. November. Spiritus per 8000 Tralles 19½. Weizen per November 90 Br. Roggen pr. November 68½, per Frühjahr 68½. Rübsel pr. November 10½ Br., per Frühjahr 10½. Raps pr. November 94 Br. Zink fett.

Hamburg, 18. November. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco flau, auf Termine weichend. Weizen pr. November 5400 Pf. 174½ Br., pr. November—Dezember 173 Br., 172½ Gd. Roggen pr. November 5000 Pf. Brutto 135½ Br., 135 Gd., pr. November—Dezember 133 Br., 132½ Gd. Häfer sehr ruhig. Rübsel loco 23½, pr. Mai 24. Spiritus ohne Kaufslust, zu 29 angeboten. Kasse ruhig. Zink sehr geschäftlos — Regenwetter.

London, 18. November. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Zufuhren seit vergangenem Montag: Weizen 41,350, Gerste 5550, Häfer 44,003 Quarters. Weizen ruhig. Gerste eher billiger. Häfer geringere Sorten schwer verkauflich. — Kaltes Wetter.